

V0187/22

Stellenplanantrag 2023:

Vorzeitige Genehmigung und Besetzung von sechs Planstellen im Schulverwaltungsamt,

Sachgebiet 2 "Schulentwicklungs- und Raumprogrammplanung, Statistik, Monitoring"

(Referenten: Herr Engert, Herr Kuch)

Ausschuss für Kultur und Bildung vom 22.03.2022

Herr Engert weist darauf hin, dass derzeit Schulen wie nie zuvor in Ingolstadt gebaut werden. Diese Schulbaumaßnahmen forderten auch das Schulverwaltungsamt, weil dieses die Vorhaben direkt begleite. Jede Entscheidung des Hochbauamtes bedürfe auch einer Begleitung und Mitentscheidung des Nutzers. Der Umgang mit der Regierung und der Genehmigung der Raumprogramme habe einen unvorstellbaren Arbeitsumfang angenommen. Herr Engert betont, dass es aus der betroffenen Abteilung eine Überlastungsanzeige gebe. Insofern sehe er sich als verantwortlicher Referent in der Pflicht, eine Verbesserung zu erzielen. Zur Abwicklung des Schulbauprogrammes seien diese Stellen in diesem Umfang notwendig, da sich ansonsten das Ganze verlangsame. Nach Worten von Herrn Engert seien die wenigen Mitarbeiter in der Abteilung völlig überfordert und am Ende ihrer Möglichkeiten.

Es sei unumstritten, dass die derzeitige Lage im Hinblick auf die Schulbauten einen hohen personellen Aufwand darstelle, so Stadtrat Reibenspieß. Er regt eine Diskussion im Finanzausschuss an, verweist aber auf eine Beschlussfassung im Personalausschuss.

Stadtrat Achhammer fragt nach, ob das Personal neu eingestellt werden müsse.

Eine Überlastungsanzeige einer gesamten Abteilung ist für Herrn Kuch erschreckend. Eine Bedarfsanalyse habe aufgezeigt, dass sich in der Spitze ein Stellenmehrbedarf von sechs zusätzlichen Planstellen ergeben habe. Das Personal müsse eingestellt werden, insofern bedürfe es einer möglichst schnellen Stellenausschreibung, um diese im Vorgriff auf den Stellenplan 2023 besetzen zu können. Wenn das reguläre Verfahren ohne Vorgriff vorgenommen würde, dann sei eine Besetzung erst nach der Rechtskraft des Haushaltes 2023 möglich. Herr Kuch habe als Personalreferent die Verantwortung gegenüber dem vorhandenen Personal. Weiter bestehe die Gefahr, dass aufgrund von Fehleinschätzungen eine unzureichende Bearbeitung, gerade im Rahmen von Genehmigungsverfahren oder bei Zuwendungen, erfolgen könne. Wenn keine schnelle Stellenbesetzung erfolge, dann sehe er die Gefahr des Organisationsverschuldens.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll fragt nach, ob auch das Hochbauamt neue Stellen benötige.

Das Hochbauamt habe für die Bearbeitung dieser Maßnahmen ein entsprechendes Stellenkontingent, so Herr Engert. Dies sei allerdings nur die Theorie, da nicht jede Stelle besetzt sei.

Herr Kuch informiert, dass das Personalreferat derzeit dabei sei die eingehenden Stellenplananträge für das Verfahren 2023 zu prüfen und seitens des Hochbauamtes nichts eingegangen sei.

Frau Bürkl bekräftigt, dass es sich um ein sehr engagiertes und verantwortungsbewusstes Team handelt. Dieses habe im letzten Jahr alle Kräfte gebündelt, um die vielfältigen Maßnahmen zu bearbeiten. Das erforderte und eingebrachte Engagement der Beteiligten sei ausgereizt. Mit der derzeitigen Anzahl von Mitarbeitern könne diese Projektfülle nicht mehr getätigt werden. Weiter verweist sie auf die Komplexität der neuen Schulgebäude.

Da diese Stellen mit einem KW-Vermerk und einer fünfjährigen Befristung ausgeschrieben würden, sei es für Stadtrat Dr. Schuhmann fraglich, ob geeignetes Personal gefunden werden könne.

Der KW-Vermerk sei eine interne Behandlung, so Herr Kuch. In dem Bereich, wo in erster Linie auf Verwaltungspersonal abgezielt werde, gebe es keine befristete Besetzung. Die Ausschreibung erfolge unbefristet. Aufgrund der Fluktuation sieht Herr Kuch kein Problem, dem jeweiligen Stelleninhaber mit Vollzug des KW-Vermerks einen ganzen Strauß von anderen Einsatzmöglichkeiten in den nächsten fünf Jahren anzubieten.

Stadtrat Reibenspieß sieht es auch wie Frau Bürkl. Diese ganze Projektbegleitung und die Schulorganisation bedürfe einer unheimlichen Power. Trotzdem weist er darauf hin zu überlegen, ob diese befristeten Stellen nicht vollumfänglich sofort erfolgen, sondern gestaffelt mit verschiedenen Laufzeiten versehen werden sollten. Stadtrat Reibenspieß verweist auf die Beschlussfassung des Stadtrates im Herbst letzten Jahres für zwei Stellen des Schulverwaltungsamts. Jetzt spreche man von sechs Stellen. Er wünsche sich auch qualifiziertes Personal, welche eine Einarbeitung brauche. Stadtrat Reibenspieß sehe aber derzeit keine Lösung für dieses Problem, denn so sei der Antrag nicht umsetzbar. Insofern regt er eine Staffelung an.

Aus dem Soll-Ist-Vergleich sei zu entnehmen, dass es keine gleichmäßigen Defizite an Stellen gebe, welche über die gesamte Zeit ausgewiesen werden können. Vor diesem Hintergrund könne die Idee aufgegriffen werden, den KW-Vermerk zeitlich zu staffeln, so Herr Kuch. Dass dies in diesem Antrag nicht getan worden sei, hänge damit zusammen, dass sich in dieser Bedarfsrechnung viele Fragezeichen auftäten. Hier seien Projekte enthalten, welche noch nicht die Entwicklungsreife hätten oder im Hinblick auf die Beschlüsse noch nicht fix seien. Diese könnten aber noch einen zusätzlichen Stellenbedarf ergeben. Deswegen sei dies über den gesamten Zeitraum so dargestellt. Da die KW-Vermerke immer geprüft würden, sieht Herr Kuch kein Problem diese zu staffeln. Bei gegebenem Bedarf könne jeder KW-Vermerk um bis zu drei Jahre verlängert werden.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.